



I. Die Höchsttarifrichtlinie vom 01.Juli 2019, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Kaufbeuren Nr. 15/2019 vom 04.07.2019, zuletzt geändert durch Stadtratsbeschluss vom 28.03.2023 veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Kaufbeuren Nr. 5/2023 vom 06.04.2023 wird wie folgt geändert:

1. Die Rabatte auf bestimmte Fahrausweisarten des OVG-Tarifs der Ostallgäuer Verkehrsgemeinschaft werden wie folgt angepasst:  
 „Monatskarte Schüler Zone 1+2 16,30 €  
 Monatskarte Erwachsene Zone 1+2 13,50 €  
 Monatskarte 63+ 9 + Stadt 21,00 €  
 Monatskarte 63+ 9 + Netz 31,00 €  
 9 + Netz Schüler kt (ab Klasse 5) 0,40 €  
 9 + Netz Schüler/Azubi 2,00 €  
 9 + Netz Erwachsene 5,00 €  
 ABO zusätzliche 4 Monate  
 Seniorentarif 30 % zum Regeltarif“

Der geografische Geltungsbereich der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung unter Ziffer 1 wird hinsichtlich der Zuordnung und Bezeichnung von Linien angepasst:

„Stadtverkehr Kaufbeuren:  
**Linien der Kirchweihthal Stadtbus GmbH:**  
 • Linie 5 Plärler – Haken / Bienenberg – Plärler  
 • Linie 6 Plärler – Oberbeuren / Hirschzell / (Frankenried) – Plärler  
 • Linie 8 Plärler – Klinikum - Nord– Plärler  
 • Linie 9 Bahnhof – Neugablonz über Gewerbepark  
 • Linie 11 Bahnhof – Neugablonz über alte Poststr  
 • Linie 12 Bahnhof – Neugablonz über Wertachschleife  
 • Linie 13 Bahnhof – Neugablonz über Waldfriedhof  
 • Linie 26 Plärler – (Irsee) – Kemnat – Plärler

Regionalverkehr Ostallgäu:  
**Linien der Verkehrsgesellschaft Kirchweihthal GmbH:**  
 • Linie 10 Kaufbeuren – (Aitrang)  
 • Linie 16 Kaufbeuren – (Ketterschwang – Buchloe)  
 • Linie 17 Kaufbeuren – (Waal – Buchloe)  
 • Linie 18 Kaufbeuren – (Denklingen)  
 • Linie 23 Kaufbeuren – (Mindelheim)  
 • Linie 31 Kaufbeuren – (Ingenried)  
 • Linie 54 (Marktobderdorf – Bidingen) – Kaufbeuren  
 • Linie 57 (Buchloe – Rieden) – Kaufbeuren  
 • Linie 58 Kaufbeuren – (Stöttwang – Blonhofen)

**Linien der Regionalverkehr Allgäu GmbH:**  
 • Linie 75 Kaufbeuren – (Friesenried – Lauchdorf – Großried)  
 • Linie 76 Kaufbeuren – (Obergünzburg – Kempten)“

2. Ziffer 2 Buchstabe b) erhält folgenden Wortlaut:  
 „b) Die Unternehmen erhalten für die Abwicklung des AST-Verkehrs und den Betrieb des Servicezentrums einen Pauschalbetrag von maximal 60.000 € jährlich sowie die an die AST-Unternehmen weiterzuleitenden Mittel in Höhe der Differenz zwischen der jeweiligen Taxipauschale und dem von dem Fahrgast zu entrichtenden Fahrpreis; der Pauschalbetrag fließt umsatzsteuerfrei, die Differenzmittel enthalten 7 % Umsatzsteuer.“

II. Diese Änderung zur Höchsttarifrichtlinie tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Kaufbeuren, den 25.11.2025  
 gez.  
 Stefan Bosse  
 Oberbürgermeister

## Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt Kaufbeuren (Abfallentsorgungsgebührensatzung - AGS)

Vom 26.11.2025

Die Stadt Kaufbeuren erlässt aufgrund des Art. 7 Abs. 2, 4 und 5 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (BayAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1996 (GVBl. S. 396, 449, BayRS 2129-2-1-U), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, in Verbindung mit Art. 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 573) geändert worden ist, folgende vom Stadtrat am 25.11.2025 beschlossene Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt Kaufbeuren (Abfallentsorgungsgebührensatzung – AGS):

**§ 1  
 Gebührenerhebung**  
 Die Stadt Kaufbeuren erhebt für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung Benutzungsgebühren.

**§ 2  
 Gebührenschuldner**  
 (1) Gebührenschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt benutzt.  
 (2) Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung der zugelassenen Abfallbehältnisse gilt der Eigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte des an die Abfallentsorgung der Stadt angeschlossenen Grundstücks oder die dem Eigentümer gleichgestellte Person (§ 1 Abs. 7 AWS) als Benutzer. Werden zugelassene Abfallbehältnisse gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AWS mit 240 l Füllraum im Rahmen der Einzelabfuhr bereitgestellt (§ 21 AWS), gilt neben den in Satz 1 genannten Personen der Auftraggeber als Benutzer. Bei der Verwendung von Abfallsäcken ist der Erwerber Benutzer. Bei der Selbstanlieferung von Abfällen ist der Abfallerzeuger

**Ausländer- und Einbürgerungsbehörde**  
 nur nach Online-Terminvereinbarung:

Allgemeine Verwaltung	
Montag	8.00–12.00 Uhr 13.00–16.00 Uhr
Dienstag	8.00–12.00 Uhr
Mittwoch	8.00–12.00 Uhr
Donnerstag	8.00–12.00 Uhr 14.00–16.00 Uhr
Freitag	8.00–12.00 Uhr
weitere Zeiten nach Terminvereinbarung	

Führerscheinstelle	
<b>Nur nach vorheriger online-Terminvereinbarung</b>	
Dienstag bis Freitag	8.00–12.00 Uhr
Donnerstag	14.00–16.00 Uhr
ohne vorherige online-Terminvereinbarung	
Montag	8.00–12.00 Uhr
	13.00–15.30 Uhr
und nach Terminvereinbarung	

Nr. 21	Donnerstag, 04. Dezember 2025	70. Jahrgang
--------	-------------------------------	--------------

ger Benutzer; daneben auch der Besitzer und der Anlieferer. Die Abfallentsorgung der Stadt benutzt auch derjenige, dessen unzulässig abgelagerte Abfälle die Stadt entsorgt.  
 (3) Mehrere Benutzer sind Gesamtschuldner. Dies gilt insbesondere, wenn mehrere Anschlussberechtigte über gemeinsame Abfallbehältnisse entsorgen (§ 19 Abs. 5 Satz 2 AWS); sie haben der Stadt einen Bevollmächtigten zu benennen.  
 (4) Tritt ein Wechsel in der Person des Gebührenpflichtigen ein, so hat der bisherige Verpflichtete die Gebühr bis zum Ende des laufenden Kalendermonats zu entrichten.

**§ 3  
 Gebührentatbestand**  
 Die Gebühr wird für jede Benutzung der Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt erhoben.

**§ 4  
 Gebührenmaßstab**  
 (1) Die Gebühr für die Regelabfuhr von Abfall setzt sich zusammen aus einer Grundgebühr, einer Leistungsgebühr und einer Abfuhrgebühr. Die Gebühr nach Satz 1 schließt die Gebühr ein für  
 a) die Erfassung der gemäß §§ 13 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 AWS getrennt zu haltenden Abfälle zur Verwertung, soweit sie nicht nach § 4 Abs. 1 AWS von der Abfallentsorgung durch die Stadt ausgeschlossen sind, und ihre Verwertung,  
 b) die Verwertung der einer öffentlichen Biotonne (grüne Tonne) zugeführten organischen Küchenabfälle und der angelieferten pflanzlichen Abfälle aus Hausgärten,  
 c) die Sammlung und Entsorgung von Problemabfällen (§ 15 AWS) aus Haushaltungen und, beschränkt auf haushaltsübliche Kleinmengen, aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben (§ 15 Abs. 3 AWS) und  
 d) die Abfuhr und Entsorgung von Sperrmüll gemäß § 22 AWS.

(2) Die Grundgebühr und die Leistungsgebühr bestimmen sich grundsätzlich nach der Anzahl der für das anschlusspflichtige Grundstück melderechtlich gemeldeten Einwohner und der darüber hinaus tatsächlich auf dem Grundstück wohnenden Personen (Bewohner). Die Anzahl der Bewohner der angeschlossenen Grundstücke am 15. März jeden Jahres ist jeweils für die folgenden 12 Kalendermonate maßgebend, solange der gebührenveranlagenden Stelle der Stadt (Abteilung Finanzen und Vermögen, Sachgebiet Steuern und Gebühren) vom Anschlusspflichtigen nicht eine Änderung der Bewohnerzahl gem. § 8 Abs. 1 AWS gemeldet wird. Davon abweichend bemessen sich die Grundgebühr und die Leistungsgebühr bei Erzeugern von gewerblichen Siedlungsabfällen sowie bei der Abfallentsorgung für unbewohnte Grundstücke nach der jeweils von der Stadt zur Verfügung gestellten Behältniskapazität. In den Fällen des § 18 Abs. 3 Satz 2 AWS gilt Satz 3 hinsichtlich der Leistungsgebühr analog, soweit eine Mehranforderung nicht ausschließlich dadurch begründet ist, dass ein angeschlossenes Wohnanlagengrundstück zukünftig über weniger Abfallbehältnisse als bisher, zu denen mindestens ein solches mit 1.100 l Füllraum zählt, entsorgt werden soll und die Füllraummehrung nicht mehr als 200 l ausmacht.

Die Grundgebühr und die Leistungsgebühr für objektbezogene Biotonnen (braune Tonnen) bemessen sich nach der jeweils von der Stadt zur Verfügung gestellten Behältniskapazität.

Bei der Selbstanlieferung von Abfällen und bei der Entsorgung unzulässig abgelagerter Abfälle bemessen sich die Grundgebühr und die Leistungsgebühr nach dem Gewicht des Abfalls, begünstigend bereinigt um die Wiegetoleranz.

Bei der Entsorgung von zugelassenen Abfallbehältnissen gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AWS mit 240 l Füllraum über Einzelabfuhr werden die Grundgebühr und die Leistungsgebühr für jede Leerung pro bereitgestelltem Abfallbehältnis erhoben.

(3) Bei der Abfallübergabe in zugelassenen Abfallsäcken bestimmt sich die Gebühr nach der Zahl der Säcke; bei der Entsorgung von Altautos bestimmt sie sich nach deren Anzahl.

(4) Für die Bemessung der Abfuhrgebühr ist das Fassungsvermögen der aufgestellten Abfallbehältnisse und die Häufigkeit der Abfuhr maßgebend.

(5) Änderungen in der Anzahl der Bewohner eines anschlusspflichtigen Grundstücks oder der Zahl der Abfallbehältnisse werden ab Beginn des folgenden Kalendermonats nach Meldung durch den Anschlusspflichtigen bei der Gebührenfestsetzung berücksichtigt. Beim Wechsel der Abfallbehältnisart bzw. –größe wird die Gebühr nach entsprechender Meldung des Anschlusspflichtigen ab Beginn des folgenden Kalendermonats neu festgesetzt. Bei kurzzeitiger

zusätzlicher Überlassung eines Abfallbehältnisses wird die Änderung bei der Gebühr des laufenden Kalendermonats berücksichtigt.

**§ 5  
 Gebührensatz**  
 (1) Die Grundgebühr beträgt bei Regelabfuhr von Abfall monatlich  
 a) im Fall des § 4 Abs. 2 Satz 1 pro Bewohner eines anschlusspflichtigen Grundstücks 1,35 Euro  
 b) im Fall des § 4 Abs. 2 Satz 3 pro Abfallbehältnis  
 mit einem Füllraum von 60 l 5,40 Euro  
 mit einem Füllraum von 80 l 6,75 Euro  
 mit einem Füllraum von 120 l 10,80 Euro  
 mit einem Füllraum von 240 l 21,60 Euro  
 mit einem Füllraum von 1,1 m³ 98,55 Euro.  
 (2) Die Leistungsgebühr beträgt bei regelmäßiger wöchentlich einmaliger Abfuhr (Regelabfuhr von Abfall) monatlich  
 a) im Fall des § 4 Abs. 2 Satz 1 pro Bewohner eines anschlusspflichtigen Grundstücks 3,00 Euro  
 b) im Fall des § 4 Abs. 2 Sätze 3 und 4 pro Abfallbehältnis  
 mit einem Füllraum von 60 l 12,00 Euro  
 mit einem Füllraum von 80 l 16,00 Euro  
 mit einem Füllraum von 120 l 24,00 Euro  
 mit einem Füllraum von 240 l 48,00 Euro  
 mit einem Füllraum von 1,1 m³ 220,00 Euro.

Bei wöchentlich zweimaliger Abfuhr erhöht sich die Gebühr um 100 v. H.  
 Die Leistungsgebührensätze gelten für die Abfuhr von losen Abfall bis zu einem spezifischen Gewicht von 0,35 kg/l.

(3) Bei Entsorgung über Einzelabfuhr von zugelassenen Abfallbehältnissen gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AWS mit 240 l Füllraum betragen für jede Leerung pro bereitgestelltem Abfallbehältnis  
 die Grundgebühr 5,00 Euro  
 die Leistungsgebühr 32,68 Euro.  
 (4) Die Abfuhrgebühr bei regelmäßiger, wöchentlich einmaliger Abfuhr beträgt monatlich pro Abfallbehältnis  
 mit einem Füllraum von 60 l 4,20 Euro  
 mit einem Füllraum von 80 l 4,30 Euro  
 mit einem Füllraum von 120 l 5,20 Euro  
 mit einem Füllraum von 240 l 7,80 Euro  
 mit einem Füllraum von 1,1 m³ 20,00 Euro.

Bei wöchentlich zweimaliger Abfuhr erhöht sich die Gebühr um 110 v. H.

(5) Im Übrigen beträgt die Abfuhrgebühr für jede Abfuhr pro zugelassenes Abfallbehältnis gem. § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AWS mit 240 l Füllraum 1,80 Euro.  
 (6) Für gemäß § 23 Abs. 6 AWS vergebene, objektbezogene Biomülltonnen wird eine im Vergleich zur reinen Inanspruchnahme einer öffentlichen Biomülltonne zusätzliche Gebühr erhoben. Diese beträgt monatlich pro Behältnis  
 Grundgebühr  
 bei 60 l Füllraum 1,08 Euro  
 bei 240 l Füllraum 4,32 Euro  
 Leistungsgebühr  
 bei 60 l Füllraum 3,42 Euro  
 bei 240 l Füllraum 13,68 Euro  
 Abfuhrgebühr  
 bei 60 l Füllraum 5,80 Euro  
 bei 240 l Füllraum 11,00 Euro.

Für die Stellung wird darüber hinaus einmalig eine Gebühr in Höhe von 32,40 Euro pro Behältnis erhoben.

(7) Für die Entsorgung von selbstangelieferten Abfällen aus privaten Haushaltungen oder Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen betragen pro kg Abfallgewicht  
 die Grundgebühr 0,18 Euro  
 die Leistungsgebühr 0,25 Euro.

Soll der Stadt Abfall zur Beseitigung durch Selbstanlieferung in Form von sonstigen inerten Stoffen überlassen werden, betragen pro kg Abfallgewicht  
 die Grundgebühr 0,18 Euro  
 die Leistungsgebühr 0,23 Euro.

Sollen der Stadt künstliche Mineralfaserabfälle zur Beseitigung durch Selbstanlieferung überlassen werden, betragen pro kg Abfallgewicht  
 die Grundgebühr 0,18 Euro  
 die Leistungsgebühr 0,47 Euro.  
 Für die Entsorgung von unzulässig abgelagerten Abfällen betragen pro kg Abfallgewicht  
 die Grundgebühr 0,27 Euro  
 die Leistungsgebühr 0,28 Euro.

Summieren sich die beiden Gebühren in den Fällen des Satzes 1, 2 und 3 zu weniger als 20,00 Euro, beträgt die Gebühr 20,00 Euro (Mindestgebühr). Summieren sie sich im Fall des Satzes 4 zu weniger als 200,00 Euro, beträgt die Gebühr 200,00 Euro.  
 Für kleinere Bauschuttmengen (bis zu 10 l) wird keine Gebühr erhoben.

Grundsicherung/Asyl	
Offene Sprechstunde:	
Dienstag	8.00–10.00 Uhr
Donnerstag	14.00–16.00 Uhr

Bürgerbüro/Zulassungsstelle	
Montag	8.00–12.00 Uhr 13.00–16.00 Uhr
Dienstag	8.00–12.00 Uhr
Mittwoch	8.00–12.00 Uhr
Donnerstag	8.00–12.00 Uhr 13.00–16.00 Uhr
Freitag	8.00–12.00 Uhr
weitere Zeiten nach Terminvereinbarung	

(8) Für jeden Abfallsack mit ca. 60 l Fassungsvermögen wird beim Erwerb eine Leistungsgebühr von 8,00 Euro erhoben.

(9) Für die Entsorgung eines Altautos wird eine Leistungsgebühr von 450,00 Euro erhoben.  
 (10) Die Leistungsgebühr nach den Abs. 8 und 9 schließt die jeweilige Grundgebühr ein.

**§ 6  
 Entstehen der Gebührenschuld**  
 (1) Die Gebührenschuld entsteht jeweils mit Beginn des Kalendermonats, der auf den Zeitpunkt des Anschlusses folgt. Für angeschlossene Grundstücke entsteht die Gebührenschuld jeweils mit Beginn des Kalendervierteljahres. Sie endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Anschluss in Übereinstimmung mit der Abfallwirtschaftssatzung aufgegeben wird.  
 (2) Die Gebühr für die Einzelabfuhr von Abfall entsteht mit dem Tag der Bereitstellung des Abfallbehältnisses.  
 (3) Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von Abfallsäcken entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe des Sackes an den Benutzer.  
 (4) Bei Selbstanlieferung von Abfällen entsteht die Gebührenschuld mit der Übergabe der Abfälle.  
 (5) Bei der Beseitigung unzulässig abgelagerter Abfälle und der Entsorgung von Altautos entsteht die Gebührenschuld mit dem Beginn des Abtransports der Abfälle.

**§ 7  
 Fälligkeit der Gebühr**  
 (1) Die Gebühr für die Regelabfuhr von Abfall wird zum gleichen Zeitpunkt wie die Grundsteuer zur Zahlung fällig (§ 28 Abs. 1 GrStG), und zwar am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November, frühestens jedoch einen Monat nach Zustellung des Gebührenbescheids. Auf Antrag des Gebührenschuldners kann die Gebühr am 01. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag muss spätestens bis zum 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres gestellt werden (§ 28 Abs. 3 GrStG). Die beantragte Zahlungsweise bleibt solange maßgebend, bis ihre Änderung beantragt wird; die Änderung muss spätestens zum 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres beantragt werden. Für die Einzelabfuhr, Selbstanlieferung und bei der Entsorgung unzulässig abgelagerter Abfälle und von Altautos wird die Gebühr einen Monat nach Zustellung des Gebührenbescheides fällig. Bei Änderungen gem. § 4 Abs. 5 wird ein evtl. nachzuentrichtender Unterschiedsbetrag außerhalb der quartalsweise oder jährlich zu entrichtenden Gebühr für die Regelabfuhr ebenfalls einen Monat nach Zustellung des Gebührenbescheids fällig.  
 (2) Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von Restmüllsäcken wird die Gebühr mit dem Entstehen fällig.

**§ 8  
 Übergangsbestimmung**  
 Die Gebühr für die Stellung von objektbezogenen Biomülltonnen gemäß § 5 Abs. 6 Satz 3 wird erst ab dem 01.01.2027 erhoben.

**§ 9  
 Inkrafttreten**  
 (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft.  
 (2) Gleichzeitig tritt die Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Kaufbeuren vom 05.03.1997 (Amtsblatt der Stadt Kaufbeuren Nr. 5/1997), zuletzt geändert durch Satzung vom 28.09.2022 (Amtsblatt der Stadt Kaufbeuren Nr. 20/2022), außer Kraft.

Kaufbeuren, 26.11.2025  
 Stadt Kaufbeuren  
 Stefan Bosse  
 Oberbürgermeister

## Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Stadt Kaufbeuren (BGS-WAS)

Vom 26.11.2025

Die Stadt Kaufbeuren erlässt auf Grund der Art. 1, 2, 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 573) geändert worden ist, folgende vom Stadtrat am 25.11.2025 beschlossene 5. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Stadt Kaufbeuren (BGS-WAS):

**§ 1  
 Änderungen**  
 Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Stadt Kaufbeuren (BGS-WAS) vom 21.11.2012 (veröffentlicht im

Amtsblatt der Stadt Kaufbeuren Nr. 19 vom 06.12.2012), zuletzt geändert durch Satzung vom 23.11.2022 (veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Kaufbeuren Nr. 24 vom 01.12.2022), wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:  
 a. In Abs. 1 Buchst. a) wird die Zahl 1,43 durch die Zahl 1,53 ersetzt.  
 b. In Abs. 1 Buchst. b) wird die Zahl 5,16 durch die Zahl 5,52 ersetzt.  
 c. In Abs. 2 Buchst. a) wird die Zahl 0,89 durch die Zahl 0,95 ersetzt.  
 d. In Abs. 2 Buchst. b) wird die Zahl 3,20 durch die Zahl 3,42 ersetzt.  
 e. Abs. 3 wird gestrichen.

2. § 9 a Abs. 1 wird wie folgt geändert:  
 a. In Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:  
 „Soweit Wasserzähler nicht eingebaut sind wird der Dauerdurchfluss geschätzt der nötig wäre, um die mögliche Wasserentnahme messen zu können.“  
 b. Abs. 2 wird wie folgt gefasst:  
 „(2) Die Grundgebühr beträgt bei Verwendung von  
 a) Wasserzählern mit Durchfluss (Q3)  
 bis 4 m³/h 55,64 Euro/Jahr  
 bis 10 m³/h 140,17 Euro/Jahr  
 bis 16 m³/h 224,70 Euro/Jahr  
 bis 25 m³/h 350,96 Euro/Jahr  
 bis 63 m³/h 561,75 Euro/Jahr  
 über 63 m³/h 884,89 Euro/Jahr  
 b) Verbundzählern mit Dauerdurchfluss (Q3)  
 bis 25 m³/h 575,66 Euro/Jahr  
 bis 63 m³/h 786,45 Euro/Jahr  
 über 63 m³/h 1.109,59 Euro/Jahr  
 c) Wasserzählern für vorübergehende Entnahme aus Hydranten  
 - Grundpauschale (5 Kalendertage) 53,50 Euro  
 - für jeden weiteren Kalendertag 1,07 Euro“

3. In § 10 Abs. 3 wird die Zahl „0,94“ durch „1,32“ ersetzt.

4. § 14 wird wie folgt gefasst:  
 „Sämtliche Beiträge, Kostenerstattungsansprüche und Gebühren sind inklusive der jeweiligen gesetzlich vorgegebenen Mehrwertsteuer (brutto) ausgewiesen.“

**§ 2  
 Inkrafttreten**  
 Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2026 in Kraft.

Kaufbeuren, 26.11.2025  
 Stadt Kaufbeuren  
 Stefan Bosse  
 Oberbürgermeister

## Allgemeine Vorschrift der kreisfreien Stadt Kaufbeuren über die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Sicherstellung des Ausbildungsverkehrs durch Bezuschussung der Fahrgäste in Form der Ausgabe vergünstigter Fahrausweise im Stadtgebiet

Aufgrund von Art. 24/27 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 573), Art. 8 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1996 (GVBl. S. 336), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und § 8a Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. 2024 Nr. 119) erlässt die kreisfreie Stadt Kaufbeuren als Allgemeinverfügung folgende allgemeine Vorschrift gemäß Art. 2 lit. I) und Art. 3 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007:

### Präambel

1977 hat der Bundesgesetzgeber mit § 45a PBefG die Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs eingeführt. Die Unternehmen erhalten seitdem einen anhand von Parametern berechneten Ausgleich für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs. Anders als es die in § 45a PBefG und in der PBefAusgIV angelegten Parameter für die Berechnung dieser Ausgleichsleistung nahelegen, ging und geht es bei den Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG aber nicht nur um die Rabattierung der Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs. Vielerorts gab es im ländlichen Raum Mitte der 70er Jahre überhaupt kein ÖPNV-Angebot mehr. Um Schülern den Besuch von weiterführenden Schulen in Unter- und Mittelzentren zu ermöglichen (ein Ziel der Schulreformen zu dieser Zeit), mussten nicht mehr vorhandene Verkehre also erst wieder eingerichtet werden. Selbst dort, wo es im Regionalverkehr noch ein Grundangebot gab, führen nach 14:00 Uhr kaum weitere Busse. Letzterem Umstand verdankt die Kostensatzgruppe Orts- und Nachbarrtslinienverkehr ihre Entstehung. Bei mindestens 14 Fahrtenpaaren täglich musste auch nachmittags und am Frñhabend wieder ÖPNV angeboten werden. Das alles ist lange (knapp 50 Jahre) her. Die Ausgleichsmittel nach § 45a PBefG stecken aber unverändert im Finanzierungssystem für den ÖPNV. Seit Inkrafttreten der VO (EG) Nr. 1370/2007 sind § 45a und die PBefAusgIV eine allgemeine Vorschrift gemäß ihres Art. 3 Abs. 3. Zum 01.01.2024 hat der Freistaat Bayern § 45a PBefG (wie in § 64a PBefG zugelassen) in Landesrecht überführt. Im Rahmen des neuen Art. 24 BayÖPNVG (Ausbildungshilfen) wird unterschieden zwischen Bestandsverkehren, deren Linienverkehrsgenehmigungen noch Geltungsdauer haben, und wiederteilten Linienverkehren. Für Bestandsverkehre werden die bisherigen Ausgleichsmittel gemäß § 45a PBefG bis zum Ablauf der Geltungsdauern als Ausbildungshilfen weiter gewährt. Bis zum 31.12.2025 geschieht die Ausgleichsgewährung im Rahmen der Ausgleichsgewährung für das



Deutschlandticket. Ab dem 01.01.2026 sind die Ausbildungshilfen gemäß Art. 24 ÖPNVG für Verkehre in der Bestandssicherung nicht mehr Bestandteil einer allgemeinen Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif. Die Ausbildungshilfen für Verkehre in der Bestandssicherung müssen daher in die vorliegende allgemeine Vorschrift übernommen werden.

Nach dem 01.01.2025 wieder erteilte Genehmigungen fallen aus der Bestandssicherung heraus und werden neu verteilt. Die präzisen Maßstäbe für die Neuverteilung sind nicht bekannt. Kein Aufgabenträger kann daher verlässlich abschätzen oder gar kalkulieren, welche Ausbildungshilfen ihm künftig für Linienverkehre zugewiesen werden, die aus der Bestandssicherung herausfallen.

Die bisherigen Ausgleichsleistungen gemäß § 45a PBefG stecken aber in bedeutenden Umfang auch im Finanzierungssystem für den ÖPNV der kreisfreien Stadt Kaufbeuren, weil sie in erheblichem Umfang auch Betriebskosten abdecken. Sie müssten bei Kürzungen daher durch eigene Haushaltsmittel der Stadt abgelöst werden. Diese sind aktuell nicht finanzierbar.

Die kreisfreie Stadt Kaufbeuren nimmt davon Abstand, die auslaufenden Linienverkehrsgenehmigungen zu bündeln und EU-weit auszuschreiben. Eine Wettbewerbsintensität ist nicht gegeben.

Die kreisfreie Stadt Kaufbeuren hat sich daher dazu entschlossen, für aus der Bestandssicherung bei den Ausbildungshilfen gemäß Art. 24 die herausfallende Verkehre ebenfalls in eine allgemeine Vorschrift über Ausbildungshilfen zu erlassen.

Seit dem Urteil des EuGH vom 08.09.2022 (Rs. C-614/20 - Lux Estonia Express AS) steht fest, dass die zuständige Behörde aus einer allgemeinen Vorschrift heraus verpflichtet ist, sämtliche wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen. Gestritten werden kann dann nur noch über die Höhe des angemessenen Gewinns. Wenn der Freistaat Bayern die Ausbildungshilfen für wiedererteilte Verkehre an die zuständige Behörde kürzt, darf die zuständige Behörde die Ausbildungshilfen für die Verkehrsunternehmen in der Folge also nicht ohne weiteres kürzen.

Die kreisfreie Stadt Kaufbeuren hat sich daher dafür entschieden, das daraus resultierende Haushaltsrisiko mit folgender Maßnahme zu reduzieren:

Die Ausgleichsleistung ist in Art. 4 VO (EG) Nr. 1370/2007 begrenzt auf die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung. Wenn die Ausgleichsleistung abgesenkt werden muss, kann also auch entsprechend die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung (im Sinne eines wirtschaftlichen Nachteils) reduziert werden. Die kreisfreie Stadt Kaufbeuren macht davon im Bedarfsfall Gebrauch.

## **§ 1 Höchsttarif und gemeinwirtschaftliche Verpflichtung**

Im ÖPNV der kreisfreien Stadt Kaufbeuren (im Folgenden: Stadt) werden die von der Stadt vorgegebenen Beförderungsentgelte und -bedingungen in der jeweils von der Regierung von Schwaben zugestimmten Fassung als Höchsttarife im Rahmen einer allgemeinen Vorschrift gemäß Art. 3 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 festgesetzt. Die Beantragung einer Änderung der Beförderungsentgelte und -bedingungen für die Stadt gemäß § 39 PBefG bedarf der Zustimmung der Stadt. Die Höchsttarifverpflichtung schließt die Pflicht ein, für von der Stadt verlangte Änderungen der Beförderungsentgelte und -bedingungen die Zustimmung der Genehmigungsbehörde gemäß § 39 PBefG einzuholen. Die mit dieser allgemeinen Vorschrift auszugleichende gemeinwirtschaftliche Verpflichtung ist die Ersetzung des § 45a PBefG durch Landesrecht gemäß Art.

24 BayÖPNVG.

## **§ 2 Geltungsbereich**

- (1) Der geografische Geltungsbereich der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung in § 1 ist das Gebiet der Stadt. Derzeit wird dieses Gebiet durch die gemäß der Anlage 1 zu dieser allgemeinen Vorschrift ersichtlichen noch im Bestandsschutz stehende und die aus der Anlage 2 zu dieser allgemeinen Vorschrift ersichtlichen aus dem Bestandsschutz herausgefallene Linienverkehre im ÖPNV erschlossen:
- (2) Im Falle des Herausfallens weiterer Linienverkehre aus dem Bestandsschutz verringert sich der Geltungsbereich gemäß der Anlage 1 und erweitert sich der Geltungsbereich gemäß der Anlage 2 automatisch. Ein- und ausbrechende zusätzliche Linienverkehre erweitern den Geltungsbereich um die auf dem jeweiligen Linienweg im Gebiet der Stadt erbrachten Beförderungsleistungen, sofern zwischen den zuständigen Aufgabenträgern nichts anderes vereinbart ist. Die Verwaltung der Stadt wird ermächtigt, die Listen gemäß den Anlage 1 und 2 und fortzuschreiben und zu veröffentlichen.

## **§ 3 Ausgleichsleistungen**

- (1) Unternehmen, deren Linienverkehre in den Höchsttarif einbezogen sind und die auf ihren Linienverkehren die Höchsttarife gemäß § 1 anwenden, haben Anspruch auf die Gewährung von Ausbildungshilfen gemäß Art. 24 BayÖPNVG in Höhe der bisher auf diese Linienverkehre entfallenden Ausgleichsmittel gemäß § 45a PBefG (Bestandsschutz).
- (2) Die Ausbildungshilfen werden dem Grunde nach nur angepasst, wenn die Ausbildungshilfen gemäß Art. 24 BayÖPNVG allgemein dynamisiert werden.
- (3) Die Gewährung des Ausgleichsbetrags erfolgt an die Unternehmen. Art. 24 Abs. 2 Satz 1 BayÖPNVG bleibt unberührt.
- (4) Vermindern sich die Ausbildungshilfen bei einem aus dem Bestandsschutz herausfallenden Linienverkehr gegenüber den bisherigen Bestandsmitteln gemäß Absatz 1, erhält das Unternehmen für diese Verkehre den Betrag von 20 Cent je Nutzwagenkilometer.

## **§ 4 Einnahmen aus Fahrscheinverkauf**

Vorbehaltlich anderweitiger Regelungen in öffentlichen Dienstleistungsaufträgen, verbleiben die Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf bei den Unternehmen.

## **§ 5 Änderungen im Verkehrsleistungsangebot**

- (1) Die Ausgleichsleistungen für Linien vermindern sich um die ersparten Aufwendungen, welche sich aus der von einem Unternehmen vorsätzlich oder grob fahrlässig zu vertretenden Kürzung der bei Inkrafttreten dieser allgemeinen Vorschrift vorhandenen Verkehrsleistungsangebote oder der Unterschreitung der bisherigen quantitativen und qualitativen Standards oder der künftig nach einem Nahverkehrsplan geltenden quantitativen und qualitativen Standards bei der Betriebserbringung ergibt.
- (2) Soweit Linienverkehre Leistungen enthalten, die zur Sicherstellung des Ausbildungsverkehrs nicht benötigt werden, kann die Stadt in Abstimmung mit dem Unternehmen den Ausgleichsbetrag gemäß § 3 Abs. 4 kürzen. Das Unternehmen ist in diesem Fall verpflichtet, sein betriebliches Leistungsangebot in Abstimmung mit der Stadt so anzupassen, damit das vorherige wirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt wird.
- (3) Änderungen von Linienverkehren außerhalb

des Bestandsschutzes werden gemäß Kopelung der Zahlungen an die geleisteten Nutzwagenkilometer berücksichtigt. Die optimale Linienführung zur Minimierung der Kosten wird zwischen AT und VU abgestimmt.

## **§ 6 Trennungsrechnung**

- (1) Soweit die Unternehmen anderen betrieblichen Tätigkeiten als der Beförderung von Fahrgästen zum Höchsttarif auf den gemäß § 2 einbezogenen Linienverkehren nachgehen, haben sie eine Trennungsrechnung einzurichten. Diese Verpflichtung entfällt, wenn und soweit die Linienverkehre gemäß § 2 aus anderem Anlass schon einer Prüfung der Überkompensation unterworfen sind.
- (2) Die Durchführungsvorschriften für die Trennungsrechnung ergeben sich aus Ziff. 5 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007. Die Schlüsselung von Querschnittsfunktionen hat nach den Grundsätzen der Sachgerechtigkeit und Stetigkeit zu erfolgen.
- (3) Die Trennungsabrechnung muss den gleichen Zeitraum wie die Jahresabschlüsse umfassen.
- (4) Mit der Trennungsrechnung verbundene Kosten sind vom Ausgleich nach § 3 umfasst.

## **§ 7 Regelungen zur Vermeidung einer Überkompensation**

- (1) Die Stadt prüft vorbehaltlich Absatz 7 jährlich und bei begründetem Anlass, ob die Unternehmen die Regeln der Nrn. 1 bis 6 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 einhalten und ob die maßgeblichen Kosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns durch die maßgeblichen Einnahmen der Unternehmen über- oder unterschritten werden. Der Landkreis kann auf längere Prüfungszyklen übergehen; diese dürfen einen Zeitraum von jeweils drei Jahren nicht überschreiten. Die Kosten bei der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung sind nach der VO PR 30/53 in Verbindung mit der Anlage LSP nach dem ÖPNV-Kostengliederungsschema des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands zu ermitteln. Die Prüfung erfolgt auf der Grundlage der von den Unternehmen nach folgendem Absatz 3 vorgelegten Begutachtungen. Der Landkreis kann aus begründetem Anlass ergänzende Angaben und Unterlagen verlangen. Die Unternehmen legen diese dem Landkreis unverzüglich (d.h. in der Regel spätestens zwei Wochen nach der jeweiligen Anforderung) vor.
- (2) Der angemessene Gewinn gemäß der Trennungsrechnung ist auf eine Umsatzrendite von 6,5% begrenzt und nicht zu begründen oder nachzuweisen, wenn die Unternehmen z.B. anhand des Durchschnittsalters ihres Fuhrparks (einschließlich dessen der Auftragsunternehmen der Unternehmen) nachweisen können, dass sie wiederkehrend in ihre Fuhrparke reinvestieren. Bei fehlenden oder reduzierten Reinvestitionen ist der angemessene Gewinn im Verhältnis der Veränderung des Durchschnittsalters des Fuhrparks bis auf eine Untergrenze zu reduzieren, welche einer Umsatzrendite von 3% entspricht.
- (3) Die Unternehmen legen der Stadt zur Prüfung nach vorstehendem Absatz 1 eine Bescheinigung ihrer Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer vor, welche bestätigt, dass die Regeln der Ziff. 1. bis 6. des Anhangs der VO (EG) Nr. 1370/2007 und des § 8 dieser Allgemeinverfügung eingehalten wurden.
- (4) Mit der Bestätigung gemäß vorstehendem Absatz 3 verbundene Kosten sind ebenfalls vom Ausgleich nach § 3 umfasst.
- (5) Soweit eine Überkompensation vorliegt,

wird kein Ausgleich gewährt. Unter- und Überkompensationen können in einem Zeitraum von jeweils drei Jahren beginnend mit dem Jahr der Überkompensation miteinander verrechnet werden.

- (6) Soweit Abschlagszahlungen an ein Unternehmen dazu geführt haben, dass die maßgeblichen Einnahmen die maßgeblichen Kosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns überschreiten, sind diese durch die Stadt zurückzufordern und gegebenenfalls mit den folgenden Abschlagszahlungen zu verrechnen. Der Rückforderungsbetrag wird ab dem jeweiligen Zahlungszeitpunkt des Ausgleichs bis zum Eingang des Rückforderungsbetrags bei der Stadt angemessen verzinst. Die Festsetzung der zu leistenden Zinszahlung erfolgt durch die Stadt.
- (7) Die Verpflichtung zur Überkompensationssprüfung entfällt, wenn und soweit die Linienverkehre gemäß § 2 aus anderem Anlass schon einer Prüfung der Überkompensation unterworfen sind.

## **§ 8 Wirtschaftlichkeit und Qualität**

- (1) Der Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung gemäß Nr. 7 Anstr. 1 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 ergibt sich daraus, dass die Unternehmen das überwiegende Marktrisiko tragen, und keine Ansprüche auf einen Verlustausgleich im Nachhinein haben.
- (2) Der Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung der Erbringung von Personenverkehrsdiensten ausreichend hoher Qualität gemäß Nr. 7 Spiegelstrich 2 des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 ergibt sich aus dem status quo und gegebenenfalls nachfolgend vom Landkreis im Nahverkehrsplan vorgegebenen quantitativen und qualitativen Anforderungen und Standards.

## **§ 9 Gesamtbericht**

Die Veröffentlichung des Gesamtberichts gemäß Art. 7 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007 erfolgt im Internet-Auftritt der Stadt, und ab Verfügbarkeit eines solchen in einem landes- oder bundesweiten Veröffentlichungsportal. Die Stadt beachtet bei der Verwendung der von den Unternehmen zugänglich gemachten Informationen, Daten etc. die Vorschriften des Unions-, Bundes- und Landesdatenschutzes sowie die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen.

## **§ 10 Inkrafttreten, Aufhebung**

- (1) Diese Allgemeinverfügung tritt rückwirkend am 1. Oktober 2025 in Kraft.
- (2) Diese Allgemeinverfügung kann jederzeit mit einer Vorankündigungsfrist von sechs Monaten aufgehoben werden.

## **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg**  
**Postfachanschrift:**  
**Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg**  
**Hausanschrift:**  
**Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg**

## **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Ab 01. Januar 2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kaufbeuren, 26.11.2025  
Stadt Kaufbeuren  
gez.  
Stefan Bosse  
Oberbürgermeister

## **Linien im Bestandsschutz nach Art. 24 BayÖPNVG für das Gebiet der Stadt Kaufbeuren**

### **Linien der Verkehrsgesellschaft Kirchweihthal GmbH:**

**Linie 10**  
Relation: Kaufbeuren – (Aitrang)  
Bestandschutzhende: 31.08.2028

**Linie 16**  
Relation: Kaufbeuren – (Ketterschwang – Buchloe)  
Bestandschutzhende: 31.03.2028

**Linie 17**  
Relation: Kaufbeuren – (Waal – Buchloe)  
Bestandschutzhende: 31.03.2028

**Linie 18**  
Relation: Kaufbeuren – (Denklingen)  
Bestandschutzhende: 31.12.2029

**Linie 54**  
Relation: (Marktoberdorf – Bidingen) – Kaufbeuren  
Bestandschutzhende: 30.06.2026

**Linie 57**  
Relation: (Buchloe – Rieden) – Kaufbeuren  
Bestandschutzhende: 30.06.2026

**Linie 58**  
Relation: Kaufbeuren – (Stöttwang – Blonhofen)  
Bestandschutzhende: 30.06.2026

### **Linien der Regionalverkehr Allgäu GmbH**

**Linie 79**  
Relation: Kaufbeuren – (Obergünzburg – Kempten)  
Bestandschutzhende: 30.06.2026

**Anmerkung:** Teilstrecken außerhalb des Geltungsbereichs der Stadt Kaufbeuren sind in diesen Tabellen in Klammer gesetzt.

## **Linien ohne Bestandsschutz nach Art. 24 BayÖPNVG für das Gebiet der Stadt Kaufbeuren**

### **Linien der Kirchweihthal Stadtbus GmbH**

**Linie 5**  
Relation: Plärrer – Haken / Bienenberg – Plärrer

**Linie 6**  
Relation: Plärrer – Oberbeuren / Hirschzell / (Frankenried) – Plärrer

**Linie 8**  
Relation: Plärrer – Klinikum-Nord / Plärrer

**Linie 9**  
Relation: Bahnhof – Neugablonz über Gewerbepark

**Linie 11**  
Relation: Bahnhof – Neugablonz über Wertachschleife

**Linie 13**  
Relation: Bahnhof – Neugablonz über Waldfriedhof

**Linie 26**  
Relation: Plärrer – (Irsee) – Kemnat – Plärrer

### **Linien der Verkehrsgesellschaft Kirchweihthal GmbH**

**Linie 23**  
Relation: Kaufbeuren – (Mindelheim)

### **Linien der Regionalverkehr Allgäu GmbH**

**Linie 75**  
Relation: Kaufbeuren – (Friesenried – Lauchdorf – Großried)

**Anmerkung:** Teilstrecken außerhalb des Geltungsbereichs der Stadt Kaufbeuren sind in diesen Tabellen in Klammer gesetzt.